



Nichtregierungsorganisationen starten Transparenzkampagne

Hochstapelei von Unternehmen muss ein Ende haben

Berlin, 28.04.2011. Egal ob Luxuskonzern oder Discounter, immer wieder sind Unternehmen für die Verletzung von Arbeitnehmerrechten und Umweltschäden entlang ihrer Lieferkette verantwortlich. Während sie in ihren Hochglanzbroschüren soziale und ökologische Werte beschwören, setzen sie ihre Lieferanten zunehmend unter Preis- und Termindruck. Die Supermarktinitiative und das CorA (Corporate Accountability)-Netzwerk stellten heute auf einer Pressekonferenz in Berlin ihre Transparenzkampagne vor, mit der sie eine gesetzliche Offenlegungspflicht für Unternehmen fordern, um dieser Hochstapelei ein Ende zu bereiten. Neben der Offenlegung von zentralen Informationen zur Unternehmenspraxis in Bezug auf Arbeitnehmerrechte, Korruption, Lobbyaktivitäten sowie Umwelt- und Klimaschutz sollen Unternehmen auch ihre Lieferanten und Produktionsstandorte veröffentlichen. Den Auftakt der Transparenzkampagne bildet eine an Bundeskanzlerin Merkel gerichtete Unterschriftenaktion, in der diese Offenlegungspflicht gefordert wird.

"Hungerlöhne, unbezahlte Überstunden und Umweltschäden sind keine Einzelfälle bei der Produktion von Waren, die täglich in den Regalen von Supermärkten und anderen Unternehmen angepriesen werden. Doch die Verbraucher/innen erfahren davon kaum etwas. Ziel der Kampagne ist es daher, dass die Bundesregierung Unternehmen gesetzlich verpflichtet, Informationen zu sozialen und ökologischen Aspekten ihrer Tätigkeit zu veröffentlichen", sagte Franziska Humbert, Referentin für soziale Unternehmensverantwortung bei Oxfam Deutschland.

Ana María Morales, Arbeitsrechtlerin der guatemaltekischen Frauenorganisation AMES (Asociacion de Mujeres en Solidaridad), führte in den vergangenen Monaten zahlreiche Interviews mit Frauen in Textilfabriken in Guatemala. "Fast immer fehlen Informationen über die Auftraggeber, sodass die letztendlich für die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen werden können", sagte Morales.

"Es darf nicht sein, dass zum Beispiel Aldi und Lidl mit ihrem angeblich sozialen Verhalten werben dürfen, die Arbeitsbedingungen bei sich und in ihrer Lieferkette aber nicht preisgeben müssen", so Sandra Dusch Silva von der Christlichen Initiative Romero. Erst aufgrund einer Klage und des öffentlichen Drucks hatte Lidl im Frühjahr 2010 irreführende Werbung zurückgenommen. Lidl verpflichtete sich, nicht weiter mit sozialem Verhalten und der Mitgliedschaft in der Initiative für soziale Unternehmensverantwortung BSCI zu werben. Denn die Kläger/innen konnten nachweisen, dass Lidls Waren in Bangladesch für einen Hungerlohn unter Verletzung von Sozialstandards hergestellt worden waren.

"Im Hinblick auf gesetzliche Offenlegungspflichten für Unternehmen muss Deutschland im internationalen Vergleich bisher leider als Nachzügler angesehen werden. In anderen europäischen Ländern wie Frankreich, Norwegen und Schweden bestehen bereits weitergehende Regelungen", sagt Volkmar Lübke, Koordinator von CorA.

Hintergrund:

Die Supermarktinitiative ist ein Bündnis von 24 Organisationen aus den Bereichen Entwicklung, Umwelt und bäuerliche Landwirtschaft sowie Gewerkschaften, die den Missbrauch von Einkaufsmacht aufdecken und begrenzen wollen. Die Initiative fordert die Bekämpfung des Missbrauchs der Nachfragemacht der Supermarktketten, gesetzliche Offenlegungspflichten für Unternehmen zu





Arbeitsbedingungen und Umweltschutz sowie die Einhaltung verbindlicher sozialer und ökologischer Mindeststandards in der gesamten Lieferkette.

CorA ist ein Netzwerk von 49 zivilgesellschaftlichen Organisationen, das verbindliche Regeln fordert, um Unternehmen für die Auswirkungen ihres Handelns auf Mensch und Umwelt zur Rechenschaft ziehen zu können und die Einhaltung der Menschenrechte sowie internationaler Sozial- und Umweltstandards verpflichtend zu machen.

Oxfam und die Christliche Initiative Romero sind Mitglieder sowohl der Supermarktinitiative als auch des CorA-Netzwerkes

Pressekontakt:

Adréana Peitsch, Oxfam Deutschland e.V., Tel.: 030-45 30 69 35, E-Mail: apeitsch@oxfam.de

Volkmar Lübke, CorA, Tel.: 0172-54 00 582, v.luebke@gmx.de

Sandra Dusch Silva, Christliche Initiative Romero, Tel.: 0157-84 51 20 97,

E-Mail: dusch@ci-romero.de